

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Frauenrat
Axel-Springer-Str. 54b
10117 Berlin

1. Gleichstellungspolitik

Der Deutsche Frauenrat fordert

- **die konsequente Anwendung des Gender Mainstreamings in allen Politikbereichen und die Beibehaltung der Verpflichtung in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien. Dies bedeutet die Ausrichtung der Politik der gesamten Bundesregierung an dem Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit;**
- **die unverzügliche Einführung und bedingungslose Umsetzung des Gender Budgetings auf nationaler Ebene; der Bundeshaushalt sowie die Haushalte aller Bundesministerien sind gleichstellungspolitisch orientiert zu gestalten;**
- **die Installierung einer Arbeitsstruktur, die die Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting ministerienübergreifend koordiniert;**
- **die Vorlage eines Gleichstellungsberichtes in jeder Legislaturperiode;**
- **die Einrichtung einer für die Kontrolle dieses Prozesses in allen Bundesministerien zuständigen Stelle; ggf. ist diese im Kanzleramt anzusiedeln.**

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern. Die Regierung hat dagegen in den vergangenen Jahren keine Anstrengungen unternommen, die Gleichstellung zu fördern. In vielen Bereichen hat sich die Lebenssituation von Frauen sogar verschlechtert. So haben die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV finanzielle Abhängigkeiten in Partnerschaften weiter verschärft und das Recht von Frauen auf eigenständige Existenzsicherung untergraben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese Entwicklung sofort zu stoppen und die Verpflichtung des Grundgesetzes endlich zu verwirklichen.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Deutschen Frauenrates an die Bundesregierung. DIE LINKE beschränkt ihre Forderungen nicht darauf, Zugangsbarrieren beseitigen zu wollen und für alle scheinbar „gleiche“ Startbedingungen zu schaffen. Wir fordern gezielte Maßnahmen, um systematischen Benachteiligungen aktiv entgegenzuwirken. Neben einer zielorientierten Gleichstellungspolitik, die sich im Sinne des Gender Mainstreaming quer durch alle Politikbereiche zieht, fordern wir Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld zu sichern und eine aktive Antidiskriminierungspolitik zu ermöglichen. Dafür sind die entsprechenden Strukturen und Ressourcen bereitzustellen.

DIE LINKE fordert:

- die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Dazu zählt, die Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen systematisch zu berücksichtigen, alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von

Frauen und Männern zu überprüfen und Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld zu sichern;

- das Bundesgleichstellungsgesetz und das Bundesgremiengesetz konsequent umzusetzen und zu verbessern;
- eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik zu verfolgen. In einem ersten Schritt sollen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein echtes Verbandsklagerecht verankert und eine unabhängige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ermöglicht werden, indem diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgekoppelt und mit verbindlichen Rechten ausgestattet wird.

2. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der Deutsche Frauenrat fordert:

- **ein Gesetz zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots, mit dem unter Wahrung der Tarifautonomie Tarifvertragsparteien und Unternehmen verpflichtet werden, ihren Entgeltsystemen diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungsverfahren und Arbeitsbewertungen zugrunde zu legen;**
- **gesetzliche Rahmenbedingungen für existenzsichernde Mindestlöhne. Gesichert werden muss auf diesem Wege auch eine Beteiligung an den Sozialversicherungssystemen als Grundlage für existenzsichernde Ansprüche bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit;**
- **ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft;**
- **die Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt an solche Unternehmen, die nach den üblichen Wirtschaftlichkeitskriterien Frauen fördernde Maßnahmen nachweisen;**
- **die Bindung staatlicher Unternehmenssubventionen an Frauen fördernde Auflagen;**
- **eine gesetzliche Quotenregelung für Aufsichtsräte, die darauf abzielt, dass Aufsichtsräte in deutschen Unternehmen in spätestens fünf Jahren zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzt werden;**
- **den Ausbau eines flächendeckenden Angebotes an qualitativ hoch stehenden Tageseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen als Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen;**
- **eine Korrektur der "Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (der so genannten Hartz-Gesetze) hinsichtlich aller damit verbundenen Benachteiligungen für Frauen, insbesondere derer, die durch die verschärfte Anrechnung des Partnereinkommens und der damit verbundenen faktischen Ausgrenzung aus dem Angebot der aktiven Arbeitsförderungsmaßnahmen entstehen.**

Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die anständig bezahlt wird, die ein Existenz sicherndes Einkommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht, auf eine Arbeit, die nicht krank macht. Männer und Frauen müssen gleichermaßen in allen Bereichen des menschlichen Daseins tätig sein können. Deshalb fordert DIE LINKE eine Umverteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

DIE LINKE fordert:

- das Schließen der Einfallstore für Niedriglöhne, insbesondere gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern sowie die Einführung der Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde;
- die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig zu machen, zu denen auch eine aktive Frauenförderung zählt;

- die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht werden soll;
- eine familien- und menschenfreundliche Gestaltung der Arbeit durchzusetzen. Dazu gehört, die Rechte von abhängig Beschäftigten mit Kindern zu stärken (Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Überstunden); die Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte deutlich zu verkürzen; Arbeitszeitmodelle zu fördern, mit denen die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung verbessert wird;
- die Bekämpfung der Lohndiskriminierung von Frauen: wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; bessere Bezahlung für Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind; bessere rechtliche Absicherung durch ein Verbandsklagerecht; Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, das Unternehmen so lange zu Maßnahmen verpflichtet, bis mindestens eine 50-Prozent-Quote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten erreicht ist.

3. Armutsbekämpfung

Der Deutsche Frauenrat fordert:

- **grundlegende Reformen, um soziale Sicherungssysteme armutsfest zu machen;**
- **eine Verbesserung der finanziellen Lage der vom SGB 11 betroffenen Menschen zur Verhinderung von Armut, z.B. durch die Anhebung der ALG II-Regelsätze und die Einführung eines altersge-rechten Regelsatzes für Kinder;**
- **eine Stärkung der Selbsthilferessourcen und Eigeninitiative durch Sicherung und Ausbau von Hilfs- und Beratungsstellen sowie Förderung der Netzwerkarbeit;**
- **Einflussnahme der Bundesregierung auf die Bundesländer mit dem Ziel einer regelmäßigen Sozialberichterstattung von Ländern und Kommunen;**
- **Vorlage eines Maßnahmenkatalogs zur Armutsbekämpfung in Anlehnung an den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.**

Gegen Privatisierung und Armenfürsorge setzen wir auf starke öffentliche Solidarsysteme und deren verlässliche und gerechte Finanzierung. Alle Berufsgruppen sind einzubeziehen. Die Ausweitung der Systeme sozialer Sicherung bezieht schutzbedürftige Gruppen in das soziale Netz ebenso ein, wie sie die bisherige Privilegierung Wohlhabender beendet. Gute soziale Sicherung ist möglich und bezahlbar, wenn man den richtigen Weg wählt.

Die konkreten Forderungen im Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE lauten:

- Hartz IV abschaffen und damit die schädlichen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt beseitigen: alle Erwerbslosen gleich behandeln; den gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen herstellen und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln;
- Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, die Armut tatsächlich verhindert und die die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehört auch die die Bedarfsgemeinschaft abschaffen, das Individualprinzip auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen einführen;
- finanzielle Situation von Alleinerziehenden erleichtern: Unterhaltsvorschussleistungen nicht beim Wohngeld anrechnen; die volle Anrechnung des Kindergeldes rückgängig machen und die zeitlichen Beschränkungen bei der Bezugsberechtigung abschaffen;
- Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken: Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung – auch vor 1992 – Pflege und niedrigen Löhnen aufwerten, um Altersarmut zu verhindern; eine eigenständige Alterssicherung für Frauen unterstützen.

4. Forschungs- und Technologiepolitik

Der Deutsche Frauenrat fordert:

- **eine genderbewusste Besetzung von begutachtenden und entscheidenden Gremien für Forschungsanträge u. ä.: dies bedeutet zum einen eine Steigerung des Frauenanteils in diesen Gremien, zum anderen eine gendersensitive Schulung aller ihrer Mitglieder;**
- **eine stärkere Vertretung von gendersensiblen Expertinnen und Experten in den Gremien, die über die Ressourcenverteilung und die Schwerpunktsetzung technologischer Entwicklungen sowie über Fragen der technischen Bildung und Ausbildung entscheidend mitbestimmen;**
- **die Entwicklung und Durchführung von Entscheidungsverfahren über technische Vorhaben, die für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind;**
- **die Vermittlung technischen Basiswissens und eines technischen Grundverständnisses an alle Bürgerinnen und Bürger als integralen Bestandteil der Kultur in einer entwickelten Industriegesellschaft; dies erfordert auch eine Förderung der Genderforschung in der Technik sowie die stärkere Berücksichtigung ihrer Ergebnisse in allen technischen Bereichen;**
- **die Bereitstellung der zur Risikofolgenabschätzung in der Technikfolgenforschung erforderlichen Mittel in angemessener Höhe und die Förderung des öffentlichen Dialogs zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf der Grundlage einer transparenten, vollständigen und verständlichen Informationspolitik.**

Die LINKE fordert das Umsteuern in der Forschungs- und Technologieförderung zugunsten einer sozial und ökologisch nachhaltigen und gemeinnützigen Perspektive. Dazu gehört auch die Forderung, genderrelevante Perspektiven in allen Bereichen konsequent zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Besetzung von Gremien, stehen wir für die konsequente 50%ige Mindestquotierung.

DIE LINKE fordert:

- Frauen in der Wissenschaft stärker fördern: die Geschlechterperspektive in alle öffentlich geförderten Forschungsprojekte integrieren; Geschlechterdiskriminierende Auswahlverfahren sowie unsichere und ausgrenzende Karrierewege überwinden.

5. Gesundheitspolitik

Der Deutsche Frauenrat fordert:

- **eine Gesundheitsstrukturreform mit dem klaren Ziel einer Qualitätsverbesserung unter genderspezifischen Aspekten;**
- **eine ausreichende Beteiligung von weiblichen Sachverständigen in den Gremien;**
- **Unterricht in Ernährungslehre und Kochen wieder als Schulfach einzuführen, um durch bessere Grundkenntnisse das Ernährungsverhalten bereits im jugendlichen Alter zu verbessern und damit mit krankhaftem Übergewicht assoziierten Krankheiten wie Diabetes, Hypertonie und Fettstoffwechselstörungen entgegen zu wirken;**
- **bei weiteren Privatisierungsüberlegungen darauf zu achten, dass Versicherte mit geringem Einkommen (das sind in der Regel Frauen) sowie Rand- und Risikogruppen medizinisch nicht unterversorgt werden;**

- **eine Korrektur des Pflegezeitgesetzes bzgl. der Einführung der bezahlten Freistellung zur Wahrnehmung häuslicher Pflege;**
- **die Ausweitung des Berechtigtenkreises für die Inanspruchnahme der Freistellung über den Kreis der im Gesetz benannten nahen Angehörigen hinaus;**
- **eine klare Definition des Engagements von Ehrenamtlichen in der Pflege und damit eine deutliche Abgrenzung von professioneller Pflege;**
- **die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von qualifiziert ausgebildeten Pflegefachkräften.**

Wir haben das Ziel, die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die Gesetzliche Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung zu entwickeln und auf einer neuen Basis auszubauen. Aus unserer Sicht würde dies einen großen Beitrag für eine geschlechtergerechte Absicherung leisten. Es geht darum, die Finanzierung sowie den versicherten Personenkreis und damit die Einnahmehasis auszuweiten. So wird gesamtgesellschaftliche Solidarität auf einer stabilen Finanzierungsbasis erreicht.

DIE LINKE fordert:

- die gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung so zu gestalten, dass alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die Finanzierung einbezogen werden; die Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze aufheben und den Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner wieder abschaffen;
- die finanziellen Anreize im Gesundheitswesen so zu ändern, dass Gesunderhaltung und Heilung lohnender sind als Umsatzsteigerung durch möglichst hohe »Fallzahlen«;
- Pflegenotstand zu beseitigen: die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesystem besser qualifizieren und tariflich bezahlen, die Pflegesätze den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen anpassen, die stationäre Versorgung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern verbessern;

- einheitliche Personalschlüssel zu entwickeln, die ganzheitliche Pflege ermöglichen, Angehörige und Pflegenden beraten und finanziell und sozialrechtlich besser stellen.

Frauen sind anders krank als Männer. Wir brauchen daher für eine geschlechtsspezifische Medizin auch mehr Erkenntnisse über die Gesundheitsprobleme und -ressourcen von Frauen. Wichtiger Ansatzpunkt ist aus unserer Sicht die Forschung. Hier kamen Frauen viel zu lange überhaupt nicht vor. Nach und nach rückt der Forschungsschwerpunkt Frauen und Gesundheit in den Fokus. Doch es müssen noch erhebliche Anstrengungen erfolgen, eine geschlechtersensible Gesundheitsforschung zu entwickeln. Um die geschlechtsbedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu verringern, ist die Strategie des Gender Mainstreaming in der Gesundheitsförderung und in der gesamten medizinischen Versorgungskette verbindlich zu verankern.